

Sehr geehrte Damen und Herren, guten Tag,
vielen Dank für Ihre Fragen und Ihr Interesse an unseren Positionen. Einige Ihrer Fragen haben wir bereits im Rahmen der Anfrage des Antidiskriminierungsverbandes beantwortet. Daher erlauben wir uns, Ihnen die zugehörigen Antworten in Verbindung mit unserem Wahlprogramm zuzusenden.

Grundsätzlich bekennen wir Freie Demokraten uns zu Vielfalt und Toleranz. Wir stehen für einen weltoffenen Freistaat Thüringen, in dem jeder unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, gesundheitlicher Beeinträchtigung, Herkunft oder Religion diskriminierungsfrei leben kann.

Thüringen gehörte in der Vergangenheit nicht zu den Vorzeigeschülern in Sachen Gleichstellung verschiedener sexueller Identitäten. Die Konsequenz daraus ist, dass inzwischen viele junge homo-, bi- oder auch transsexuelle Menschen dem Freistaat den Rücken kehren und ihr Glück in Städten außerhalb Thüringens suchen. Unser Ziel ist daher eine Gleichstellungspolitik, welche Rahmenbedingungen so gestaltet, dass sich Menschen aller sexuellen Identitäten in unserem Freistaat selbstbestimmt wohlfühlen. Denn auch nach Beschluss der „Ehe für alle“ ist die Gleichstellung von Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten noch nicht abgeschlossen.

Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität wollen wir Freien Demokraten über den Bundesrat in Artikel 3 des Grundgesetzes nach Vorbild des Artikels 2 der Verfassung des Freistaates Thüringen verankern. Für Opfer von homo- oder transphober Gewalt wollen wir einen eigenen Ansprechpartner bei der Thüringer Polizei schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zur Eizellenspende und zur Leihmutterschaft auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht wird. Voraussetzungen dafür sind das Einverständnis der beteiligten Frauen, eine vollumfassende Aufklärung und Beratung sowie ein Ausschluss kommerzieller Interessen. Wir Freie Demokraten fordern die Rehabilitation und angemessene Entschädigung für Männer, die auf Grundlage der bis 1994 bzw. 1988 geltenden Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches und 151 des DDR-Strafgesetzbuches verurteilt wurden. Dabei soll für die Betroffenen als Alternative zu pauschalen Einmalzahlungen auch eine Opferrente ermöglicht werden.

Den Umsetzungsstand des Landesprogramms für Toleranz und Vielfalt können wir aktuell nicht einschätzen. Wir werden uns in Regierungsverantwortung aber dafür einsetzen, dass Sensibilisierung für das Thema, Aufklärungsarbeit und Diskriminierungsprävention so effektiv wie möglich in Thüringen umgesetzt wird. Dazu zählt auch die Bündelung von Maßnahmen und Qualitätssicherung. Wir wollen die Kompetenzen aller Thüringer Beauftragten gegen Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu einem zentralen Antidiskriminierungsbeauftragten zusammenfassen. Um Antidiskriminierung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu unterstreichen und die ministerielle Unabhängigkeit des Beauftragten sicherzustellen, soll seine Position direkt beim Thüringer Landtag angesiedelt werden. Auch das „Diversity Management“ in privaten und öffentlichen Unternehmen möchten wir aktiv und unbürokratisch fördern.

Da wir die Vorbereitungen der Landtagswahl aus ehrenamtlichen Kapazitäten stemmen müssen, hoffen wir auf Ihr Verständnis, dass wir Ihren Fragenkatalog nicht noch einmal im Detail beantworten können.

Für Rückfragen und weiterführende Gespräche steht Ihnen unser Generalsekretär Robert-Martin Montag jederzeit unter robert-martin.montag@fdp-thueringen.de zur Verfügung.

Anlage:

- Wahlprogramm der FDP Thüringen zur Landtagswahl 2019
- Antwort der FDP auf den Wahlprüfstein des Antidiskriminierungsverbandes

Mit freundlichen Grüßen

Franziska Baum
Kandidatin für den Thüringer Landtag
Freie Demokraten FDP Thüringen
Geschäftsstelle:
Liebknechtstraße 16a
99085 Erfurt